

Ein Angriff auf die Mitbestimmung

Schwerte. Sie gehört zur CDU, die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft. Doch dieser Tage zeigen sich durchaus Diskrepanzen zwischen der CDA und der schwarz-gelben Landesregierung.



Deren Pläne, wonach Personalräte im öffentlichen Dienst seit Jahrzehnten bestehende Rechte verlieren sollen, "ist ein Angriff auf die Mitbestimmung", hieß es bei der Protestaktion am Samstag auf dem Cava-Platz, zu der die örtliche CDA mit ihrem Vorsitzenden Jörg Schindel aufgerufen hatte.

Die Vielzahl an Fahnen, die die Vertreter von CDA, Verdi und den Polizeigewerkschaften mitgebracht hatten, sorgten für ein buntes Bild in der Fußgängerzone. Zu bunt wird es den Bediensteten im öffentlichen Dienst allerdings, wenn sie die Vorschläge der Landesregierung genauer betrachten. Es bestehe die Gefahr, dass durch das Gesetz eine "Personalentlassungsmaschine" geschaffen werde, kritisierte Elke Hannack, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende. Dass den Personalräten das Mitspracherecht bei Kündigungen genommen werden solle, sei völlig inakzeptabel. Ein weiterer Schlag gegen die Mitarbeitervertretungen sei die Idee, die Freistellungen von Personalräten zu stützen. Das werde deren Arbeit erheblich behindern. Am Rande der Protestaktion diskutierten städtische Mitarbeiter mit dem derzeit freigestellten Personalrechtschef der Schwerter Verwaltung, Christian Struwe, mit welchen Konsequenzen er im Fall der Fälle zu rechnen habe. Struwe würde die komplette Freistellung verlieren, da die Stadt weniger als 600 Leute beschäftigt. Für Behörden dieser Größenordnung ist nur noch eine Freistellung von 24 Stunden vorgesehen. Das sei doch viel zu wenig für das tagtäglich anfallende Arbeitsvolumen, meinten die Protestierenden.

Die Pläne aus dem Innenministerium erwecken nach Hannacks Worten den Eindruck, als würde "Mitbestimmung stören". Ganz offensichtlich gehe es dabei auch ums Geld. Denn beim Personalabbau, mit dem das Land seine Ausgaben vermindern wolle, werde dann der Widerstand unweigerlich geringer. Weniger Freistellungen tragen ebenfalls zum gewünschten Spareffekt bei, meinte die Gewerkschafterin.

Mit der Gesetzesnovelle degradiere die Landesregierung die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu "Bittstellern und Vasallen", wettete Eberhard Weber, Vorsitzender des DGB-Bezirks Östliches Ruhrgebiet. "Arbeitnehmerrechte werden mit Füßen getreten."

Demokratie dürfe nicht vor den Behördenmauern Halt machen, rief Wilhelm Kleimann, stv. Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe (Gewerkschaft der Polizei) den rund 100 Demonstranten zu. Er verwies auf Aussagen von Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann, zugleich CDA-Bundesvorsitzender, der noch 2006 aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der CDA die Mitbestimmung als wertvolles Gut gelobt habe. Aktionen wie am Samstag zeigen, meinte Kleimann: "CDA und CDU sind kein Einheitsblock."

Auch die Kreisgruppe Soest war dabei und hat die Aktion in Schwerte unterstützt.